

Interpellation Fraktion AL/GPB-DA/PdA+ (Christa Ammann, AL): Städtische Gelder für „Staatsschutz-Extremismus“?

Auf Seite 46 des NDB-Berichts „Sicherheit Schweiz 2015“¹ (Kapitel Rechts-, Links- und Tierrechts-extremismus) konnten interessierte ZeitgenossInnen über „LinksextremistInnen“ unter anderem folgendes lesen:

„Anlass für Protest und Anschläge boten einzelne Ereignisse wie verschiedene Volksabstimmungen, die Kriegshandlungen in Kobane (Syrien) und im Gazastreifen (Palästinensische Autonomiegebiete), die Miss-Schweiz-Wahl in Bern oder eine Rede des Fifa-Präsidenten an der Universität Zürich, aber auch Gerichtsverhandlungen gegen Szeneexponenten.“

Die Protest-Aktionen gegen die Miss-Schweiz-Wahl als linksextremistisch eingestuft und im Sicherheitsbericht des NDB erwähnt? Wer kommt bloss auf eine solch blödsinnige Idee? Beahlt die Stadt Bern auch für „Staatsschutz-Extremismus“? Sind StadtbewohnerInnen im Fokus der Nachrichtendienste von Bund und Kanton?

Fragen:

1. Wie beurteilt der Gemeinderat, dass eine gewaltfreie, antisexistische Protestaktion als „linksextremistisch“ eingestuft wird?
2. Wie kam die Nennung der Miss-Schweiz-Wahl-Protestaktionen in den NDB-Bericht zustande?
3. Wer/welche Institutionen hat die Aktion als „linksextremistisch“ eingestuft?
4. Wurden die Daten der Kontrollierten und/oder Festgenommenen bei den Nachrichtendiensten erfasst und zwischen Kanton und Bund ausgetauscht?
 - Wenn Ja, ist der Gemeinderat bereit, sich beim NDB für die Löschung von allfälligen Ficheneinträgen der Betroffenen einzusetzen?
5. Wurden dabei städtische Gelder (im Rahmen des Polizeiresourcenvertrags) verwendet?
 - Wenn Ja, wieviel der städtischen Gelder an die Leistungen der Kantonspolizei werden für die nachrichtendienstliche Arbeit verwendet?
6. Wie viele Mitarbeitende hat der Nachrichtendienst der Berner Kantonspolizei?
7. Gibt es auch einen „Extremismus“-Bericht für Stadt und Kanton Bern?

Dieser Vorstoss wurde verfasst von Tom Locher.

Die AL Bern versteht sich als basisdemokratischer Zusammenschluss, deren gewählte Person in Delegierten-Funktion die Anliegen von anderen ihr nahestehenden Gruppen, Einzelpersonen und nicht-parlamentarisch-aktiven AL-Menschen ins Parlament trägt. Im Sinne der Transparenz und um der Personenfixierung auf die parlamentarische Vertretung entgegenzuwirken, wird deshalb der Name des/der VerfasserInnen auf dem Vorstoss erwähnt (ausser die UrheberInnen wünschen explizit, dass dies nicht so sein soll).

Bern, 02. Juli 2015

Erstunterzeichnende: Christa Ammann

Mitunterzeichnende: Mess Barry, Daniel Egloff, Luzius Theiler

¹ http://www.vbs.admin.ch/internet/vbs/de/home/documentation/publication/snd_publ.parsys.41649.downloadList.22907.DownloadFile.tmp/lageberichtndbd.pdf